Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abbruf ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. April 1931

Inst. Inst. tuut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wer wird Staatspräsident?

Doumergue, Doumer oder Briand?

SPD. In Ländern, in denen die Wahlen des Präsidenten der Republik durch das Volk vor sich gehen, pflegt man sich monatelang im voraus mit diesem Ereignis zu beschäftigen. In solchen Republiken dagegen, deren Verfassung die Wahl des Präsidenten durch das Parlament vorschreibt, setzt der Kampf um die Person des Staatsoberhauptes im allgemeinen erst viel später ein. Er pflegt sich zunächst hauptsächlich hinter den Kulissen der parlamentarischen Bühne abzuspielen, und erst im allerletzten Stadium wird auch die breite Masse vom eigentlichen Wahlfieber erfasst.

In Frankreich erfolgt die Wahl durch die vereinigten Parlamente - Deputiertenkammer und Senat - die zu einem Kongress im Schloss von Versailles alle sieben Jahre zusammentreten. Knapp drei Wochen trennen uns noch von diesem Ereignis. Am 12. Juni 1924 wurde Gaston Doumergue zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, nachdem sein Vorgänger Millerand durch einen unerbittlichen Vorstoss der Linksparteien zum vorzeitigen Rücktritt gezwungen worden war. Millerand, der ehemalige Sozialist, hatte sich seit der Jahrhundertwende immer weiter nach rechts entwickelt, und er war als Präsident zum ausgesprochenen Schildhalter der Reaktion geworden. Noch im Wahlkampf vom Frühjahr 1924 hatte er in verschiedenen Reden offen Partei für den nationalen Block und gegen das Linkskartell ergriffen. Als aber die Linke dennoch aus dem Kampf siegreich hervorging, verlangte sie gebieterisch den Rücktritt dieses parteiischen Staatsoberhauptes. Wochenlang sträubte sich Millerand hartnäckig gegen diese Zumutung und berief sich dabei auf den Buchstaben der Verfassung. Seine Gegner aber wiesen darauf hin, dass er durch seine Parteinahme zugunsten der Reaktion den Geist der Verfassung verletzt hatte. Sie beschlossen einen förmlichen Ministerpräsidentenstreik, solange Millerand am Ruder bleiben würde: jeder Führer der Linken, den Millerand mit der Kabinettsbildung betrauen wollte, lehnte höflich, aber entschieden diesen Auftrag aus den Händen des Mannes ab, dessen Demission von den Radikalen und den Sozialisten gefordert wurde. Ein verzweifelter Versuch Millerands, ein Kabinett der Rechten unter Francois Marsal zu bilden, scheiterte an dem Widerstand sowohl der Kammer wie des Senats: Die Regierung Marsal wurde bereits am ersten Tage gestürzt. So blieb Millerand nichts anderes übrig als zu kapitulieren, d.h. zu demissionieren. Aber schon bei der Wahl seines Nachfolgers erlebte die Rechte insofern eine gewisse Revanche, als der Kandidat der Linken, Paul Painlevé, überraschenderweise gegen Gaston Doumergue unterlag, der selbst der Linken - allerdings der gemässigten - angehörte, zahlreiche persönliche Sympathien unter den linksgerichteten Senatoren und Abgeordneten, namentlich aus Südfrankreich, besass und für den die gesamte Rechte geschlossen stimmte, um den Kandidaten des Linkskartells zu Fall zu bringen.

Nach der französischen Verfassung und noch mehr nach der französischen Tradition soll der Präsident der Republik eine rein dekorative Persönlichkeit sein, die das Land nach aussen hin bei grossen offiziellen Veranstaltungen,

Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter, militärischen Manövern und dergleichen vertritt, im übrigen aber in die aktive Politik möglichst wenig eingreifen soll. Der Präsident führt zwar den Vorsitz in wichtigen Kabinettsberatungen, er ernennt im Falle einer Regierungskrise nach Rücksprache mit allen Parteiführern und gemäss dem Rat der Mehrheit den neuen Regierungschef, aber darin soll sich grundsätzlich seine politische Aufgabe erschöpfen. Die meisten Präsidenten der Dritten Republik haben sich bis auf Raymond Poincaré mit dieser vorwiegend repräsentativen Rolle auch begnügt. Auch der gegenwärtige Präsident Gaston Doumergue hat sich in den fünf ersten Jahren seiner Präsidentenschaft durchaus im Sinne der früheren Tradition betätigt. Er begnügte sich damit, zu repräsentieren und sein ewiges liebenswürdiges Photographierlächeln hatte ihm bereits eine gewisse Popularität verschafft, in die sich, wie immer in Frankreich, ein leise Spott mischte. Seit zwei Jahren allerdings wusste man in parlamentarischen Kreisen und bald auch in den politisch interessierten Schichten der Öffentlichkeit, dass auch Doumergue diese Zurückhaltung nur ungern übte und dass er, zumindest hinter den Kulissen, politisch viel aktiver war als es den Anschein hatte. Er war es, der bei jeder Ministerkrise bestrebt war, eine Regierung zustande zu bringen, an der die Rechte mehr oder minder massgebend beteiligt sein sollte. Er war es, der der Bildung von Linksregierungen, die in der Kammer von 1928 an sich nicht leicht waren, die grössten Schwierigkeiten entgegensetzte. Vor allem aber sickerte durch, dass er auf aussenpolitischem Gebiete mit dem Kurs Briands sehr unzufrieden war und gegen dessen "ewige Nachgiebigkeit" insgeheim scharf machte. Der stille, aber zähe Kampf zwischen Doumergue und Briand war bereits längst Tagesgespräch.

Nun sind seine sieben Jahre bald um. Aber die Frage der Nachfolgerschaft ist noch vollständig offen. Solange Poincaré gesund war, galt er allgemein als der sichere Präsident der Republik, falls er es nur wünschte. Aber seit seinem Nervenzusammenbruch vom vergangenen Herbst kommt er nicht mehr in Frage. Als de aussichtsreichste Kandidat galt infolgedessen bis vor kurzem Briand, falls er sich von seinen Freunden zu einer Kandidatur bewegen liesse. Indessen ist Briands Stellung neuerdings nicht mehr so fest. Schon die Ergebnisse der Reichstagswahlen, die als Folge der vorzeitigen Rheinlandräumung hingestellt wurden, hatten seine Lage erschwert. Die Ankündigung der österreichisch-deutschen Zollunion war für ihn ein fast noch schwererer Schlag. Die Widerstände gegen ihn und seine Politik würden zwar wahrscheinlich nicht ausreichen, um seine Kandidatur zu Fall zu bringen, falls er sie doch aufstellen würde, aber die jüngsten Nachrichten aus Paris besagen übereinstimmend, dass er nicht mehr daran denke.

Unter diesen Umständen tappt man gegenwärtig völlig im Dunkeln. Prominente Persönlichkeiten sind kaum vorhanden. Der Präsident des Senats Paul Doumer, ist schon einmal in jüngeren Jahren, und zwar 1906, gegen Falliere unterlegen. Heute wären seine Chancen erheblich grösser, da er inzwischen Sympathien auf der Linken gewonnen hat. Von seinen fünf Söhnen sind drei im Weltkriege gefallen, ein vierter später an den Kriegsfolgen gestorben. Das erhöht in den Augen des Volkes natürlich sein Ansehen. Aber er ist ein recht langweiliger, farbloser Herr, für den sich niemand recht begeistern kann. Unter diesen Umständen ist neuerdings mit der stärkeren Möglichkeit zu rechnen, dass Gaston Doumergue abermals kandidieren wird. Die Verfassung verbietet es nicht, es liegt sogar schon der Präzedenzfall von Jules Grévy vor, der in den 90iger Jahren nach Ablauf seiner Amtsperiode wiedergewählt wurde. Aber im allgemeinen hat man in Frankreich eine so starke Abneigung gegen die Verlängerung eines solchen Mandats, dass Poincaré im Jahre 1920 seine Wiederwahl ablehnte, obwohl er sie mit Leichtigkeit erreicht haben würde.

Doumergue hat dieser Tage in Nizza eine aussenpolitische Rede gehalten, die durch ihre scharfen Worte gegen eine "vorzeitige" Abrüstung und gegen den Zollunionsplan allgemein auffiel und als eine Kampfansage gegen Briand aufgefasst wurde. War sie auch eine Kandidatenrede für den bevorstehenden Kongress in Versailles? Das wird vielfach behauptet und ist auch aus seiner Umgebung bisher nicht bestritten worden. Eine Kandidatur Doumergues aber würde heute in noch viel höherem Masse als vor sieben Jahren eine Kampfdiktatur der nationalistischen Reaktion gegen die verständigungsbereite Linke bedeuten.

SPD. Braunschweig, 21.April (Eig.Dr.)

Der Nazi-Minister Franzen hat gegendie Entscheidung des Reichsministeriums des Innern in Sachen des sozialdemokratischen "Volksfreund" telegraphisch Beschwerde beim Reichsgericht eingelegt und um die Bestätigung seiner Verfügung, die ein Verbot des "Volksfreund" bis zum 5.Mai vorsah, ersucht. Das Reichsministerium des Innern hatte das auf drei Wochen verfügte Verbot des sozialdemokratischen "Volksfreund" auf eine Woche herabgesetzt.

SPD. Unter der Spitzmarke "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht!" berichtet das deutschnationale Organ in Kassel "Die Post" über eine Veranstaltung des "Stahlhelm" zugunsten des Volksbegehrens, für die als Hauptattraktion der "gemassregelte" Landrat v. Bismarck gewonnen war. Nach der Kasseler "Post" hat dieser bisherige Landrat v. Bismarck eine giftgeschwollene Rede gegen Preussen gehalten. Er hat u.a. ausgeführt :

"Preussen wäre dazu berufen gewesen, in den Deutschen die Erkenntnis zu stärken, dass wir die uns auferlegten Fesseln sprengen müssten. Bis heute habe man in den letzten 12 Jahren leider noch nicht den Ruf gehört: Was wir verloren haben an Ehre und Land, das holt wieder!... Wir müssten uns endlich wieder auf die Zeit besinnen, in der sich in Preussen (1807) Männer fanden, die durch das sogenannte Krümper-System entgegen den Bestimmungen des dämaligen Friedens wehrhafte Männer ausbildeten. Auch nach 1918 sei verschiedentlich der Versuch gemacht worden, in diesem Sinne zu wirken, doch seien alle diese Versuch an dem Widerstand Preussens gescheitert. Man gaukele uns etwas vom Pazifismus vor, in Wirklichkeit aber gebe es in der ganzen Welt keinen Pazifisten, ausser einigen deutschen Hornochsen..... Die Entwicklung habe das Parteibuch-Beamtentum gebracht, und daraus häufig die Karriere der Gesinnungslumpen".

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte wie notwendig die Absetzung des deutschnationalen Herrn von Bismarck als Landrat war, so wäre er mit seiner Kasseler Rede erbracht. Man kann nach diesen Ausführungen nur feststellen, dass dieser Landrat schon seit Jahren zum Abbau reif war.

SPD. Paris, 21.April (Eig.Drahtb.)

In einer Unterredung erklärte der spanische Aussenminister Lerroux gegenüber einem Vertreter des "Excelsior", dass zwischen Spanien und Italien kein Geheimvertrag bestehe. Wenn ein solcher Vertrag bestanden hätte, so würde ihn die republikanische Regierung sofort zerrissen haben.

Ueber die Haltung Spaniens zur Abrüstungsfrage sagte Lerroux, dass Spanien sich von pazifistischen Grundsätzen leiten lassen werde. Der Völkerbund sei es sich selbst schuldig, alle Hindernisse zu beseitigen, die sich der Abrüstung noch entgegenstellten. Inbezug auf die allgemeine Aussenpolitik sprach sich Lerroux dahin aus, dass er für ihre Kontinuität und absolute Unabhängigkeit sorgen werde. Bisher sei die Aussenpolitik zu sehr von innerpolitischen Ereignissen beeinflusst worden. Der Minister äusserte sich schliesslich für die Trennung von Kirche und Staat, erklärte aber zugleich, dass die Regierung zurzeit wichtigere Fragen zu lösen habe.

SPD. Das Volksbegehren mit dem Ziel der Auflösung des Preussischen Landtags hat am Dienstag abend sein Ende gefunden. Damit ist die erste Etappe des Kampfes der vereinten Reaktion um Preussen abgeschlossen. Wird ihr die zweite Etappe des Kampfes, der Volksentscheid, folgen?

Vorläufig liegt weder eine Gesamtziffer der Einzeichnungen vor, noch ist

zurzeit ein Ueberblick über den eventuellen Ausgang des Volksbegehrens möglich der als unbedingt zuverlässig zu betrachten wäre. Die amtliche Gesamtziffer ist kaum vor Ende des Monats zu erwarten, das vorläufige amtliche Ergebnis wird wahrscheinlich in 3 bis 4 Tagen vorliegen. Wertet man jedoch die Stimmung im Lager der Rechten als Gradmesser für den Ausgang der Aktion, dann müssen die Erfolgsaussichten des mit viel Aufwand und Kraft entfachten Sturms auf Preussen als recht trübe bezeichnet werden. Schon seit Tagen ist der anfängliche Optimismus im Rechtslager einem grossen Katzenjammer gewichen. Man hatte sich alles ganz anders gedacht, ganz anders vorgestellt. Man hatte gehofft, dass sich die Wähler zu den Einzeichnungslisten geradezu drängen und sich an dem ersten Sturmangriff mindestens 8 bis 9 Millionen Personen beteiligen würden. Jetzt ist der Traum aus, die Kassen sind leer, die Propagandisten abgekämpft. Wie das Ergebnis schliesslich auch sein mag, es steht zu den Erwartungen und den Anstrengungen in keinem Verhältnis. Im besten Falle dürften die Akteure die notwendige Ziffer von 5 273 643 Einzeichnungen mit Ach und Krach aufbringen, im anderen Falle hätten sie zu dem Schaden auch noch den Spott. Aber wie dem auch sei, ein politischer und moralischer Misserfolg bleibt der Ausgang der Aktion so und so. Wer von dem, was er erreichen wollte, mit Hängen und Würgen 50 Prozent erreicht hat, kann sich hinterher nicht als Sieger brüsten.

Es ist übrigens interessant, dass im Rechtslager bereits seit Tagen eine ebenso eifrige wie heftige Diskussion darüber im Gange ist, wer an dem "Fehlschlag des Volksbegehrens" schuld ist. Es werden Sündenböcke gesucht, obwohl der politische und moralische Misserfolg nach dem langsamen, aber steten Niedergang der nationalsozialistischen Bewegung eigentlich schon nach den ersten Einzeichnungstagen nicht zweifelhaft sein konnte. So überhäufen sich die Kampfgefährten von gestern und die eventuellen Bundesgenossen von morgen gegenseitig mit Vorwürfen, dass es nur so hagelt. Bis auf die Deutschnationalen soll keine der anderen, an dem Volksbegehren beteiligten Parteien dem Stahlhelm als den eigentlichen Veranstalter der Aktion finanziell unter die Arme gegriffen haben. Kein Wunder, dass die anfänglich mit so grossem Geschrei einsetzende Propaganda von Tag zu Tag lahmer wurde. Von der Zentralleitung der Deutschen Volkspartei wird sogar behauptet, dass sie nicht nur kein Geld gegeben habe, sondern während des ganzen Kampfes nur ein einziges Flugblatt verbreitet hat und zwar nicht etwa an die Wähler, sondern an ihre Landesorganisationen mit dem Anheimstellen, das Muster-Flugblatt drucken zu lassen und auf eigene Kosten zu verbreiten. Bei derartigen Bundesgenossen kann man sich leicht vorstellen, wie es mit der Kasse des Stahlhelm zurzeit bestellt ist.

Angesichts dieser Zustände können wir nur wünschen, dass dem Stahlhelm die zweite Etappe des Kampfes nicht erspart bleibt und der Volksentscheid steigt!

\+ + +

Der preussische Minister des Innern hat den nachgeordneten Behörden zur Meldung der Einzeichnungsziffern für das Volksbegehren bestimmte Fristen gestellt. Danach ist eine vorläufige einwandfreie Gesamtziffer frühestens am Donnerstag zu erwarten.

\+ + +

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat sich - wie in unterrichteten Kreisen verlautet - ebenfalls für das Volksbegehren eingetragen.

SPD. Brüssel, 21.April (Eig.Drahtb.)

Die Nachricht von der Verhaftung des Brüsseler Gymnasialprofessors Moulin in Italien hat hier grosse Entrüstung hervorgerufen. Moulin geniesst in Brüssel schon von seiner sozialistischen Studentenzeit her starkes Ansehen. Von sozialistischer und demokratischer Seite wurden bei der Regierung sofort Vor-

stellungen in der Richtung erhoben, in Rom gegen das Vorgehen der faschistischen Behörden entschieden zu protestieren. Das Brüsseler Auswärtige Amt begnügte sich bisher jedoch mit schwachen diplomatischen Vorstellungen.

Am Dienstag-Nachmittag fand in Brüssel eine grosse Protestkundgebung der Brüsseler Studentenschaft statt, in deren Verlauf ausser mehreren Universitätsprofessoren auch der Sozialistenführer de Brouckère das Wort nahm. Die Stimmung war gegen das faschistische Italien sehr gereizt. Die Redner forderten die Freilassung des in Italien verhafteten Brüsseler Professors. Auf keinen Fall dürfe geduldet werden, dass er von dem faschistischen Sondergericht, das keinerlei Garantie für Unparteilichkeit liefern könne, abgeurteilt werde. Wenn ihm ein Vergehen zur Last gelegt werden könne, dann müsse die Verhandlung vor einem öffentlichen ordentlichen Gericht unter dem Beistand von zwei belgischen Rechtsanwälten stattfinden.

Nach der Kundgebung zogen etwa 2000 Studenten auf die Strasse, offenbar in der Absicht, sich zur italienischen Gesandtschaft zu begeben. Daran wurden sie jedoch von der Polizei gehindert, die die Strassen abgesperrt hatte und Neigung zeigte, scharfe Mittel gegen die Demonstranten anzuwenden. Die Studenten begaben sich deshalb vor das italienische Konsulat, wo die Fenster eingeschlagen wurden. Bald darauf wurden einige Studenten verhaftet. Gegen andere wurden Wasserspritzen in Anwendung gebracht. Der sozialistische Senator de Brouckère, der diesem Vorgang beiwohnte und die Studenten zu beruhigen suchte, wurde, als er gegen die Brutalität der Polizisten protestierte, ebenfalls verhaftet und auf das Polizeibüro geführt. Dort wurde er, von höheren Polizeibeamten erkannt, sofort unter faulen Ausreden wieder freigelassen. Dem ihn verhaftenden Polizisten wurde eine scharfe Rüge erteilt. Inzwischen hatten die vor dem Polizeibüro versammelten Studenten aus Protest gegen die Verhaftung de Brouckères einige Fensterscheiben des Polizeibüros eingeschlagen.

Es besteht die Absicht, gegen die Verhaftung Moulins, der als eifriger Sozialist und Antifaschist bekannt ist, eine starke Protestaktion in internationalem Masstab einzuleiten.

SPD. Die Bundesleitung des Stahlhelm verkündet freudestrahlend, dass das Volksbegehren "gewonnen" und die erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen "weit überschritten" sei. Wirklich ein fabelhafter "Sieg", wenn - was bisher nicht einmal endgültig und noch weniger amtlich feststeht - von den erwarteten 8 - 9 Millionen Stimmen etwas mehr als die Hälfte erreicht wurden und den 5,2 Millionen, die angeblich für die Auflösung des preussischen Landtags erforderlich sind, rund 20 Millionen preussische Wähler gegenüberstehen, die es abgelehnt haben, der Parole des Stahlhelm zu folgen. Immerhin zeigt der "Sieg" wie bescheiden der Stahlhelm inzwischen geworden ist.

Im Verlauf seiner ganzen Aktion hat der Stahlhelm wiederholt mit Fälschungen gearbeitet. Seinen Ziffern gegenüber ist deshalb äusserste Vorsicht am Platze.

SPD. München, 21.April (Eig.Drahtb.)

Dienstag und Mittwoch beherbergt München den Kongress der mitteleuropäischen Kinobesitzer und zugleich die Tagung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterinhaber. Rund 800 Inhaber von Filmtheatern aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Tschechoslowakei, Luxemburg und Schweden haben sich dazu eingefunden.

Auf der Tagesordnung des Kongresses steht u.a. der schwere Existenzkampf, den der Tonfilm mit seinen ungeheuren Mieten den Kinobesitzern aufgezwungen hat und im Zusammenhang damit der Kampf gegen die Elektroindustrie, die die Preise für die Tonfilmapparatur in eine phantastische Höhe getrieben hat. Wei-

terhin sollen Massnahmen gegen die überall vorkommenden Schikanen der Filmzensur und eine zweckmässigere Regelung des Kinobesuches der Jugendlichen beraten werden. Geplant ist auch für das ganze deutsche Sprachgebiet in Mitteleurppa eine grossdeutsche Union der Kinobesitzer ins Leben zu rufen. Die Beschlüsse und Ergebnisse der Münchener Tagung werden im besonderen auch für den Internationalen Filmkongress von Bedeutung sein, der im Mai dieses Jahres in Rom stattfindet.

In der Delegiertenversammlung am Dienstag hielt der Syndikus der Spitzenorganisationen der Filmindustrie Dr. Plugge-Berlin das Hauptreferat über das sogenannte Gema-Problem, das dadurch entstanden ist, dass die Gema (Genossenschaft für die musikalischen Rechte) masslose Tantiemen bei Herstellung von Tonfilmen verlangt.

SPD. Das Auswärtige Amt begründet die Verzögerung der Anerkennung der spanischen Republik durch Deutschland in erster Linie mit der Abwesenheit des Reichsaussenministers von Berlin, ferner aber auch damit, dass ausser Frankreich noch keine andere Grossmacht diese Anerkennung ausgesprochen hat. Sie scheine - so wird weiter betont - auch gar nicht erforderlich zu sein, denn die spanische Regierung verlange gar keine neue Beglaubigung der Vertreter der ausländischen Mächte in Madrid.

SPD. Hannover, 21.April (Eig.Drahtb.)

In der Stuhlindustrie des Kreises Springe (Provinz Hannover), wo die Arbeiter seit 14 Tagen im Streik stehen um eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, kam es am Dienstag durch die Schuld des Polizeiverwalters der Kreisstadt Springe zu bedauerlichen Ausschreitungen.

Von Hannover kamen mit dem Zuge fünf Streikbrecher an, die unter Bedekkung von acht (!) Polizeibeamten standen. Im Augenblick hatte sich am Bahnhof eine beträchtliche Menschenmenge angesammelt. Die Beamten zückten die Gummiknüppel und nahmen die Streikbrecher in ihre Mitte. Das veranlasste die Streikenden zu Zurufen. Sofort sauste der Gummiknüppel nieder. Dann wurden die Pistolen gezogen und sieben bis acht Schüsse abgegeben, durch die bis auf einen unbeteiligten Passanten, der auf einem Pferde vorüberritt und schwer verletzt wurde, niemand getroffen wurde. Inzwischen war vom Bürgermeister aus Hannover ein Ueberfallkommando angefordert worden, das die Strassen mit dem Gummiknüppel säuberte und zehn Personen verhaftete.

Die Erregung unter der Arbeiterschaft in Springe ist gross. Es scheint am Platze, dass die Regierung sich einmal um die Vorgänge in Springe kümmert.

SPD. Essen, 21. April (Eig.Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kaufmann-Elberfeld wurde in Essen wegen Beleidigung der Oberbürgermeister von Hamborn und Bochum zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Kaufmann hatte dem Oberbürgermeister von Hamborn vorgeworfen, seine Stadt an Duisburg verschachert zu haben. Dem Bochumer Oberbürgermeister hatte er finanzielle Schädigungen seiner Stadt vorgeworfen.

Da Kaufmann in früheren Terminen nicht erschienen war, wurde er zwangsweise vorgeführt.

SPD. London, 21.April (Eig.Drahtb.)

Der Exkönig von Spanien ist am Dienstag-Nachmittag in London eingetroffen. In Begleitung Alfons befand sich einer seiner Söhne, der in England seine Ausbildung als Seeoffizier erhalten soll. Angeblich ist das der eigentliche Grund des sechstägigen Aufenthaltes Alfons in London, während dessen auch ein Besuch bei der königlichen Familie in Windsor erfolgen soll. Ueber die endgültige Niederlassung des gestürzten Königs ist hier noch nichts bekannt. Man nimmt aber an, dass Alfons wegen der günstigeren steuerlichen Verhältnisse Frankreich als Aufenthalt vorziehen wird.

Auf dem Viktoria-Bahnhof hatte sich z.Zt. der Ankunft des Königs eine grosse Zahl Neugieriger eingefunden.

SPD. Paris, 21.April (Eig.Drahtb.)

Die Strassburger Kriminalpolizei hat nach längeren Beobachtungen drei Elsässer verhaftet, die im Verdacht stehen, Spionage für eine fremde Macht - wahrscheinlich ist Deutschland gemeint - getrieben zu haben. Die drei Verhafteten hätten in Anbetracht der Grenzverteidigungsarbeiten am Rhein und in Lothringen reichlich Gelegenheit zur Ausübung ihres Handwerks gehabt. Sie haben angeblich bereits ein Geständnis abgelegt, mehrmals nach Stuttgart gereist zu sein, um dort Fortifikationspläne abzuliefern.

SPD. Stockholm, 21.April (Eig.Drahtb.)

In Halmstad (Südschweden) kam es zu schweren Zusammenstössen zwischen mehreren Hundert Streikenden und Polizei, die mit einem regelrechten Strassengefecht, bei dem Steine und Gummiknüppel als Waffe dienten, endeten. Ueber ein Dutzend Personen, darunter mehrere Polizisten, wurden zum Teil schwer verletzt.

SPD. Schneidemühl, 21.April (Eig.Dr.)

Am Dienstag wurden im Märkisch-Friedländer Aufruhrprozess 12 Zeugen vernommen.

Oberlandjäger Leitzke sagte im wesentlichen das gleiche aus eie tags zuvor sein Kollege Hoppe. Als die Sturmabteilung der NSDAP in den Saal rücken wollte, habe sie sich zunächst ihrer Röcke entledigt. Der Landjäger Hoppe hätte mit ihnen verhandeln wollen, dass sie den Saal nicht betreten, weil er Unruhen befürchtete. Darauf habe er von dem Sturmführer die Antwort erhalten: "Ich habe meinen Befehl von oben und danach handle ich". Als dann die Versammlung aufgelöst worden sei, habe sich draussen eine grosse Menschenmenge versammelt, Sie sei später von den aus dem Nachbarstädtchen Falkenburg, und zwar aus verschiedenen Richtungen kommenden Sturmabteilungen der NSDAP angegriffen worden.Dann habe sich die Schlägerei entwickelt.

Der zweite Zeuge, Polizeiwachtmeister Schultze, behauptete fast durchweg das Gegenteil von dem was seine beiden Kollegen ausgesagt hatten. Er will gesehen haben, dass der Angeklagte Golz im Saale mit einem Stuhl bewaffnet zum Angriff überging, dass der Angeklagte Streitz zum Widerstand aufgefordert und der Angeklagte Fischer geschossen habe. Als die Verteidiger verfängliche Fragen stellten, wurde er unsicher und antwortete nicht. Als es dann zu Zusammenstössen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden kam, stellte der Vorsitzende dem Zeugen die Frage, ob er bestimmt gesehen habe dass Fischer geschossen habe. Diese Frage wurde nicht mehr mit Ja beantwortet.

Die anderen Zeugen brachten nichts Wesentliches vor. Rechtsanwalt Rautenberg forderte die Ladung zwei weiterer Zeugen, die aussagen sollen, dass die

Nationalsozialisten von Falkenburg sich damit gebrüstet hatten, tüchtig dreingeschlagen und dreingeschossen zu haben. Der Staatsanwalt forderte die Ladung neuer Belastungszeugen.

SPD. Bern, 21.April (Eig.Drahtb.)
Die schweizerische Regierung hat die provisorische spanische Regierung aufgrund einer von dieser übersandten Note anerkannt. In der Note bezeichnet sich die spanische Regierung als provisorisch und stellt fest, dass über die endgültige Staatsform die vom Volk zu wählende Cortes entscheiden werde.

SPD. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Löpelmann - nicht Pöbelmann -, der sich am Dienstag in Berlin wegen Beleidigung des Polize Vizepräsidenten Dr. Weiss vor Gericht verantworten sollte, entschuldigte sein Fernbleiben gegenüber dem Gericht schriftlich damit, dass er als Abgeordneter an einer Ausschussitzung für die Roggenstützungsaktion teilzunehmen habe. Das Gericht liess Nachforschungen anstellen und stellte fest, dass die von Löpelmann angegebene Sitzung erst am Mittwoch stattfindet. Auf Grund dieser Recherchen verwarf das Gericht als Berufungsinstanz den von Löpelmann gegen das Urteil der ersten Instanz erhobenen Einspruch.
Der Vorfall ist typisch für die Nazibewegung. Erst verleumdet man und dann versuchen die Verleumder, sich mit faulen Ausreden zu drücken. Das ist auch "deutsche Art", Marke Hitler.

SPD. Paris, 21.April (Eig.Drahtb.)
Die "Humanité" teilt mit, dass eine Abordnung französischer Kommunisten unter Führung des Abg. Doriot nach Spanien reisen werde. Der Zweck der Reise sei, die spanischen Kommunisten der Solidarität des französischen Proletariats zu versichern und ihnen eine wirksame Unterstützung bei ihrem Kampfe gegen die "bürgerliche Republik zu versprechen, die die Arbeiter und Bauern niedermetzele".

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der Reichsregierung Vorstellungen gegen die Erhöhung der Brotpreise erhoben. Das Ziel der Aktion ist, die Erhöhung rückgängig machen zu lassen.

SPD. Am Dienstag nachmittag stellte sich der neue Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm der Stadtverordnetenverwaltung vor. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine kurze Rede, in der er ausführte :
"Es wird mein ernstes Streben sein, mich des Vertrauens der Stadtverordnetenversammlung, die mich gewählt hat, würdig zu erwiesen. Ich habe aber auch den Wunsch und den Willen, durch meine Amtsführung das Vertrauen bei allen denjenigen Parteien zu erwerben, die am Wohle dieser Stadt verantwortungsvoll mitarbeiten wollen, aber mir ihre Stimme nicht gegeben haben. Denn ich will die Verwaltung im besten Sinne "überparteilich" - durch keine Parteischranken gebunden - führen. Wir dürfen nicht allzusehr in die Vergangenheit schauen und nach begangenen Sünden und dafür verantwortlichen Sündenböcken suchen. Sicherlich dürfen wir aber auch nicht versäumen, vorhandene Misstände festzustellen und sie dann mit eiserner Energie ausmerzen. Die erste Sorge gilt den Finanzen. Ich vermag natürlich heute noch nicht auf Einzelheiten einzugehen,

aber das eine habe ich schon erkannt, dass die Probleme, die hier zu lösen sind, von einem so ungeheuren Ausmasse sind, dass an ihre Bewältigung nur zu denken ist, wenn die Verantwortlichen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, möglichst nicht gehindert durch Parteischranken und Weltanschauungen. Der Chef der Verwaltung muss sich darüber klar sein, dass es für die nächsten Jahre äussere Lorbeeren nicht zu ernten gibt. Es wird in der nächsten Zukunft heissen müssen: die Bürger sollen nicht sehen, sondern fühlen, was man schafft Sie sollen fühlen, dass ein gesunder Geist die Verwaltung ihrer Stadt durchflutet.

Es gilt zunächst, die aufgenommenen schwebenden Schulden zu konsolidieren und das Entstehen neuer Schulden zu verhindern. An neue Investitionen wird man nur mit grösster Vorsicht herangehen dürfen und sich die Frage vorlegen müssen ob sie produktiv sind. Vor allem muss äusserste Sparsamkeit walten und hierbei müssen alle mitwirken, die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Ich lege auf ihre Mitarbeit den allergrössten Wert. Das alte Prinzip muss fallen, dass die Einnahmen nach den Ausgaben zu gestalten sind, nein, die Ausgaben müssen sich den Einnahmen anpasssen.

Für das Finanzwesen der Stadt ist ferner von grosser Bedeutung die Frage, wie die Stadt ihre wirtschaftliche Betätigung gestalten wird. Entsprechend den von dem Deutschen Städtetag aufgestellten Grundsätzen passe ich mich den Gedanken an, dass öffentliche und private Wirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft grundsätzlich gleichberechtigt sind. Man soll deshalb versuchen, die Gegensätze zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft auszugleichen und beide zu positiver Zusammenarbeit zu einigen. Die Frage der öffentlichen Betriebe und der dafür gebildeten Gesellschaften ist ja in Berlin besonders aktuell, und ich habe diese Probleme mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Wenn einer, wie ich, nunmehr über 25 Jahre in der Kommunalverwaltung steht, so trägt er im Herzen eine Liebe für die Kommunalbetriebe, und mein Bestreben wird es sein, die vorhandenen grossen und wertvollen Betriebe in städtischen Händen zu erhalten. Hierbei ist jedoch Bedingung und Voraussetzung für mich, dass eine wirksame Kontrolle in finanzieller Hinsicht gewährleistet ist."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Wohlverdiente Orden.

SPD. Bei einer Festlichkeit der Stadt Rom sind einer Anzahl von Auslandsjournalisten Orden verliehen worden. Unter den Dkorierten befinden sich drei Vertreter deutscher Zeitungen, es sind die Vertreter des "Lokalanzeiger", der "Hamburger Nachrichten" und der "Deutschen Tageszeitung".

Mussolini dekoriert die rechtsradikale Presse, er weiss, was er an ihrer besinnungslosen und hemmungslosen Begeisterung für den Faschismus hat.

Bisher verlautet nichts darüber, dass die deutschen Journalisten, dem Gebot der Reichsverfassung folgend, die italienischen Orden abgelehnt hätten. Sicherlich ist ihnen der Kotau vor Mussolini lieber als die Achtung vor der Verfassung des eigenen Landes.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

So liest man es in grossen Plakaten in den nationalsozialistischen Versammlungen. Es ist eine schöne Parole, nur fragt es sich, wie sie im nationalsozialistischen Lager aufgefasst wird. Der Gründungsvorsitzende der nationalsozialistischen Organisation in Füssen im Allgäu hat ihm eine besondere Ausprägung gegeben.

In der Stadt Füssen stand man vor der Frage, ob die städtische Realschule aus Mangel an Zuschussmitteln aufzulösen sei. Alle Beteiligten waren in grosser Sorge um das Schicksal der Schule. Es tauchten von allen Seiten Vorschläge zur Rettung auf, darunter auch der Vorschlag, dass der Mittelschulverein die Schule übernehmen und mit städtischen Zuschüssen aufrechterhalten solle. Diesen Vorschlag machte sich Dr. Steglich, der Vorsitzende der Nationalsozialisten, zu eigen und ergänzte ihn durch den anderen Vorschlag, dass er als kaufmännischer Leiter der Anstalt angestellt werden solle. Herr Steglich betreibt in Füssen einen Käsehandel und möchte sich verändern. Aus seinen Vorschlägen über seine Anstellung wurde nichts, dagegen übernahm tatsächlich der Mittelschulverein die Schule. Herr Steglich schrieb sich nun das geistige Eigentum an dem Vorschlag zu und verlangte, dass ihm die Stadt für seine Idee eine Abfindung zahle. Er schickte eine Rechnung an den Stadtrat, die natürlich nicht bezahlt wurde. Prompt sandte er einen Zahlungsbefehl über 500 Mark hinterher und zugleich den folgenden Brief an denOberbürgermeister:

"Sollten Sie Wert darauf legen, dass von meiner Person als kaufmännischem Leiter der künftigen Anstalt trotz Ihres Versprechens Abstand genommen werden soll, so bin ich bereit, gegen eine kleine Abfindung auf meine Rechte zu verzichten. Insbesondere, da es mir zurzeit möglich wäre, mit etwa 5000 Mark in der Nähe Münchens unterzukommen. Der Betrag wäre nur leihweise, aber möglichst zinslos etwa auf fünf Jahre gegen gute erste Hypothek nötig, falls man es nicht vorzöge, mir etwa 500 Mark in bar als einmalige Abfindung meiner Rechte und Bemühungen zu geben."

Selbstverständlich erhielt der Händler in gemeinnützigen Ideen keinen Pfennig, und als er klagte, wurde seine Klage vom Amtsgericht Füssen glatt abgewiesen.

Der geschäftstüchtige Herr hat Gemeinnutz und Eigennutz nicht auseinanderhalten können! Nun weiss man aber auch, warum die Nationalsozialisten ihre Patentideen zur Rettung Deutschlands, mit denen sie prahlen, nicht öffentlich bekanntgeben wollen. Sie wollen sie der Allgemeinheit gegen bares Geld oder

gegen gute erste zinslose Hypotheken verkaufen. Die Sorge für den Gemeinnutz ist für sie ein Handelsgeschäft, bei dem das eigene Portemonnaie an erster Stelle steht!

Die Erziehung zum Dritten Reich.

In der Umgebung von Düsseldorf unternahm eine Abteilung von Hitlerjünglingen in voller Kriegsbemalung einen feldmässigen Ausmarsch, Gegen Mittag schlugen sie ein Lager auf und beschlossen, den Proviant in einem nahegelegenen Bauernhof zu requirieren. Einer der Helden vom Hakenkreuz verhandelte mit den Bauersleuten, angeblich über die Ueberlassung eines Bundes Stroh. Die andern aber schnappten inzwischen umherlaufende Hühner, schnitten ihnen die Kehle durch und entschwanden damit. Zu ihrem Pech war der Hühnerdiebstahl bemerkt worden, die Landjäger wurden benachrichtigt, sie überraschten die Hitlergruppe bei der Hühnersuppe, beschlagnahmten die gestohlenen und gekochten Hühner und stellten die Namen der Hühnerdiebe fest. Einer der Festgestellten war der Sohn eines Düsseldorfer Bahnbeamten. Als Landsknechte wurden sie erzogen, wie Landsknecht benehmen sie sich. Das sind die Leute, die ein Monopol auf den Schutz der Ehre des Frontheeres zu haben glauben! Die Erziehung zum Dritten Reich scheint uns eher eine Erziehung zum Marodeur als zum Frontsoldaten zu sein.

Der Rowdy-Stadtrat vom Hakenkreuz.

In Mannheim wurde ein als Reichsbannermann bekannter Apotheker von drei Leuten belästigt und angerempelt. einer der drei schlug ihm ins Gesicht, dann ergriffen die Helden die Flucht. Es ist inzwischen festgestellt worden, dass der eine der Rowdys der nationalsozialistische Stadtrat Störz war, der andere der nationalsozialistische Stadtrat Feith. Der eine der beiden Rowdy-Stadträte ist zudem städtischer Angestellter.

Der Vorfall erhält dadurch besonderes Gewicht, dass die beiden Hakenkreuzstadträte unmittelbar aus der Stadtratssitzung herauskamen und sofort auf der Strasse wie die Rowdys über einen politischen Gegner herfielen. Es ist Gesindel, das die Leute vom Hakenkreuz in die öffentlichen Körperschaften schicken, und wie Gesindel benehmen sie sich. Was ihnen an Fähigkeiten und Anstand abgeht, suchen sie auf der Strasse durch rüpelhaftes Benehmen und durch feige Ueberfälle zu ersetzen!

Die Gesinnung im Handkoffer.

Es ist interessant, die Nazihelden zu beobachten, wenn sie zur Hakenkreuzversammlung marschieren. Da rücken sie an, zum Teil in der Hitleruniform, zum andern Teil aber bieder in Zivil, den bürgerlichen Hut auf dem Kopf und den Sakko oder den Ueberzieher auf dem Leibe. Wo bleibt die gesinnungstüchtige Uniform? Die Zivilisten tragen jedoch zu einem grossen Teil ein Handköfferchen bei sich. Wozu wohl? Die Lösung des Rätsels ist sehr einfach. Im Handkoffer ist die braune Hose, das Hitlerhemd, das Käppi und die Hakenkreuzbinde. Mit einem Wort, die ganze Gesinnung eines wackeren Hakenkreuzmannes. Man geniert sich, die Gesinnung öffentlich spazieren zu führen. Andererseits geniert man sich, als gewöhnlicher Ziviliste unter gesinnungstüchtigen Uniformen in der Versammlung zu stehen. Man hilft sich mit dem Handkoffer und eine kleine Umkleidung verwandelt das brave bürgerliche Äussere in die uniformierte Gesinnungstüchtigkeit und wieder zurück. Ein Heil dem rettenden Handkoffer!

Aus aller Welt

Giftrausch über China!

Das Reich der Mitte von neuem in Gefahr.- Ein hinterhältiger Feind des Volkes.

SPD. Schanghai, Anfang April (Eig.Ber.)

Während China alle Anstrengungen macht, die fremden Einflüsse auf seine Politik und Wirtschaft auszuschalten, droht die Gefahr, dass es auf Umwegen in eine weit schlimmere Abhängigkeit gerät. Bis nach Schluss des Weltkrieges ist das Reich der Mitte lediglich in den Krallen des Opiums gewesen, während jetzt als Folge des Imports industriell hergestellter Narkotika ein ohnehin durch Hunger und Bürgerkrieg an den Rand des Abgrundes gebrachtes Volk in einer Flut chemischer Rauschgifte zu ertrinken droht.

Die Duldung des Opiumhandels durch England auf dem Wege über die soge=nannte "europäische Niederlassung" geschieht einfach aus fiskalischen Gründen. Die unsaubere Sache wirft jährlich einen schönen Batzen an Steuern ab und ist überdies eines der wenigen Geschäfte, das nicht von der allgemeinen Welthan=delsdepression erfasst worden ist, denn die Nachfrage nach dem Sorgenbrecher steigert sich mit dem Wachsen der Sorgen.

Die Lasterhöhle als Goldgrube.

Unter solchen Umständen wird es leicht begreiflich, wenn das Interesse Englands an der Unterdrückung des Opiumhandels, der so fette Pfründen abwirft, nicht sehr gross ist. Daher stossen auch die Vorschläge Chinas, die Ausfälle beim Verbot des Opiumtransits für eine Uebergangsperiode aus Staatsmitteln zu zahlen, auf wenig Gegenliebe, denn eine strikte Durchführung der Konvention würde verschiedene europäische Niederlassungen im fernen Osten, deren Handel zurzeit sehr blühend ist, in Zukunft wirtschaftlich vollkommen ruinieren.

Nach den Angaben, die der Vorsitzende der chinesischen Anti=Opiumliga in Singapore, Dr. Chen Sun Lan, vor der Völkerbundskommission zur Prüfung der Opi=umfrage gemacht hat, ist der Hauptsitz des Opiumschmuggels nach China die klei=ne portugiesische Enklave Makao, die Stätte sämtlicher von den grossen Kolo=nialmächten in ihrem Machtbereich nicht tolerierten Laster. Das interessante Nest hat die meisten Spielhöllen, die elegantesten Bordelle und wird sehr stark besucht, da es von Schanghai in einigen Stunden Dampferfahrt erreichbar ist. Die Quantitäten und die Werte an Opium, die von hier aus nach China wandern, sind ungeheuer. An Bord eines einzigen englischen Dampfers wurden vor einiger Zeit im Schanghaier Freihafen gegen 20 ooo Kilo persischen Opium im Werte von meh=reren Millionen amerikanischer Dollar konfisziert.

Die Konkurrenten des Opiums.

Dabei ist zurzeit die Gefahr des Opiums gegenüber derjenigen der chemi=schen Drogen nur noch eine Bagatelle. Der Opiumhandel wird von seinem neuen Konkurrenten viel schwerer bedroht als durch die Massnahmen, die der Völkerbund nach unendlichen Erwägungen einmal doch beschliessen wird. Heroin, Morphin und die anderen Präparate ähnlichen Genres sind heute schon viel billiger als das Opium und sind daher bei den verarmten Massen stärker gefragt. Ueberdies zeigt sich der allgemeine Rauschgifthandel dem speziellen mit Opium, der mit alt=väterischen und hinterwäldlerischen Mitteln arbeitet, in der Vertriebsorganisa=tion um vieles überlegen. Nach der Ansicht von Kennern der Verhältnisse wird im Verlauf der nächsten fünf Jahre jeder Winkel des chinesischen Riesenreiches durch europäische Narkotika erfasst sein.

Zwei innerhalb dreier Tage in Schanghai erfolgte Konfiskationen haben be=

sonders grosses Aufsehen erregt,weil sie charakteristisch für den Umfang des Geschäfts und für die riesigen Werte sind,die dem chinesischen Volksvermögen auf diesem Wege entzogen werden. Die chinesischen Zollbehörden haben auf den italienischen Dampfern "Krakovia" und "Col di Lane" gegen 1 ooo Ka. Heroin und Morphin im Wert von 1½ Millionen Dollar entdeckt.

Besonders stark sind die Mandschurei und die Provinzen Shansi, Hupeh,Honan,Anhoi,Shantung,Tschekiang durch den steigenden Konsum der Gifte gefährdet. In den unzähligen Drogenläden kann sich jeder arme Teufel für ein paar Pfennige eine Morphininjektion machen lassen,die ihn für einige Zeit aus dem Elend des Alltags reisst. In der Provinz Shansi wird die Zahl der gewohnheitsmässigen Morphinisten auf eine halbe Million geschätzt. Die Zentren des Handels mit Heroin nach Nord=China sind die europäische und japanische Konzession in Tientsin und das japanische Viertel in Tsinan. In dieser verhältnismässig kleinen Stadt befinden sich nicht weniger als 160 japanische Apotheken,die in Wirklichkeit nur vom Rauschgifthandel leben.

Eine Aufgabe für Deutschland.

Die von den chinesischen Behörden bei den verschiedenen Konfiskationen aufgedeckten Spuren führen nach Deutschland, England, Frankreich, Schweiz, Holland und Japan als den Zentren der Produktion wie des Handels der gemeingefährlichen Ware. Ein Bericht der chinesischen Anti=Opiumliga stellt fest,dass sämtliche in dieser traurigen Liste figurierenden Staaten feierlich die Haager Anti=Opiumkonvention von 1912 unterzeichnet haben,die den Handel mit Morphium, Kokain, Heroin usw. auf medizinische Zwecke beschränkt. Mit grimmiger Ironie weist der Bericht auf die Solidarität Europas in einer so skandalösen Angelegenheit hin und bemerkt hierzu,dass die feierliche Erklärung zum Wohle einiger Nutzniesser anscheinend ganz in Vergessenheit geraten ist.

Für Deutschland würde auf diese Weise die willkommene Gelegenheit entstehen,sich ein moralisches Verdienst durch energische Massnahmen zur Unterdrückung des deutschen Anteils am chinesischen Rauschgiftexport zu erwerben. Auf diesem Wege wären im modernen China wichtige Sympathien zu schaffen,weil sich in einem solchen Fall in der Praxis erweisen würde,dass Deutschland an der kapitalistischen und imperialistischen Raubbaupolitik am Vermögen und der Gesundheit der Völker des Orients nicht blos mit dem Wort,sondern auch durch die Tat uninteressiert ist.

\+ + +

Kürtens Verantwortlichkeit.

Tag der Sachverständigen=Gutachten im Düsseldorfer Prozess - Der Verbrecher wollte Kriminalrat werden - Seine Ahnentafel.

SPD. Düsseldorf,21.April (Eig.Drahtb.)

Die Vernehmung der Sachverständigen ist das bisher wechselvollste Kapitel des Kürten=Prozesses und durch plötzliche Offensiveinwürfe der Verteidigung recht fesselnd. Die Lage für den Rechtsbeistand des Angeklagten ist indessen hoffnungslos geworden,das Todesurteil ist sicher,-wenn auch der Untersuchungsrichter Hertl zugeben muss, es sei die Tragik des Angeklagten,der meisterhaft monatelang seiner Verhaftung habe ausweichen können,dass er selbst es gewesen sei,der die letzte Klarheit in das Verfahren bringen musste.

Es entspann sich im Laufe der Dienstag=Sitzung ein kurzes,vielleicht nicht unbezeichnendes Zwiegespräch zwischen dem Verteidiger Dr.Wehner und dem Sachverständigen Professor Siolo von der Irrenanstalt in Grafenberg. Dr.Wehner: "Bei Kürten liegt eine Häufung sexueller Perversionen vor,wie sie die Kriminalgeschichte nie gekannt hat. Wir stehen vielleicht an einem Wendepunkt kriminalistischer Erkenntnisse. Für diesen neuen Fall muss es doch eine neue Beurteilung geben. Haarmann hat nur Männer gemordet, Grossmann nur junge Mädchen,Landru nur Frauen, Kürten aber tötete alles, Kinder,Frauen und Männer. Das ist ja für mich das Entsetzliche als Verteidiger,dass Kürten ein so gros=

ses Rätsel ist,das ich nicht lösen kann. Ich verlange von Ihnen die Aufklärung des Rätsels". Sachverständiger: "Ich stehe vor demselben Rätsel."

Man weiss eben viel von Kürten und man weiss doch nur wenig. Wie Professor Sioli beispielsweise von der Fantasie und der Grossmannssucht des Angeklagten spricht,bringt er als Beleg hierfür vor,wie Kürten allen Ernstes davon geträumt habe,dass zur Belohnung dafür,dass er Düsseldorf von dem grossen Mörder befreit habe, eines Tages der Düsseldorfer Oberbürgermeister und der Polizeipräsident mit einer Musikkapelle angerückt kämen,um ihm ein Ständchen zu bringen und ihn zum Kriminalrat zu ernennen. Wenn diese Erzählung nicht Methode des Angeklagten war, um sich über den Sachverständigen lustig zu machen, so ist sie doch Wahnsinn,für den jedes Verständnis fehlt.

Im übrigen ist Professor Sioli in Uebereinstimmung mit sämtlichen anderen Sachverständigen der Meinung,dass bei dem Angeklagten vom Vorliegen einer Geisteskrankheit nicht gesprochen werden klnne. Auch bei den Vorfahren Kürten - der Sachverständige breitet eine grosse Ahnentafel aus - waren zwar ziemlich viele kriminelle Personen und Trinker, aber jedenfalls keine,die geistig so belastet waren,dass Kürten bereits durch die Erbmasse ethisch beeinträchtigt sein könnte. Diese objektive Feststellung lasse aber trotzdem die Möglichkeit offen,dass sich der Angeklagte subjektiv als ein besonders unterdrückter und schlecht behandelter Mensch gefühlt habe. "Ich persönlich glaube überhaupt an die innere Wahrhaftigkeit von Peter Kürten. Es handelt sich bei ihm um echten Sadismus und um Quälereien bis zu Verletzungen mit tödlichem Ausgang,Brandstiftungen, Katastrophenvorstellungen,alles zum Zwecke der sadistischen Befriedigung. Es konnten auch keinerlei Symptome festgestellt werden,die bei Kürten,der ein geistig vollwertiger Mensch sei,auf ein vorübergehendes geistiges Irresein schliessen lassen. Auch bei Verübung der Tat selbst hat bei dem Angeklagten kein Zustand der Bewusstlosigkeit vorgelegen. Seine ungeheuerlichen Verbrechen sind aus dem normalen,gesteigerten Fantasievorstellungen zu erklären,denen keinerlei Hemmungsvorstellungen gegenüber standen."

Auf diese Ausführungen erwidert der Verteidiger Kürtens,dass bei Sezierung durch den Berliner Professor Flesch nach Vollzug des Todesurteils an Angerstein entgegen den psychiatrischen Gutachten an dem Hingerichteten eine Paralyse entdeckt wurde. Es erfolgt die Gegenäusserung,ein erfahrener Gerichtsarzt werde aus einer Untersuchung der Leichenteile solche Schlüsse nie ziehen. Im übrigen sei dem Düsseldorfer Mörder die Unabsichtlichkeit der Tötung nicht zu glauben,weil er mindestens nach dem ersten Fall wissen musste,wie es jedesmal enden würde.

Der Direktor der Irrenanstalt Redburg=Hau,Dr. Raether, leitet die Geistesgegenwart des Angeklagten hauptsächlich aus der Beobachtung ab,dass Kürten jedesmal atemlos in seinen Taten innehielt, wenn er ein verdächtiges Geräusch hörte, bis sich die scheinbare Gefahr verzogen hatte. Und auch der von dem Verteidiger geladene Bonner Universitätsprofessor Dr.Hübner sagt nach nochmaligem Ausschuss der Oeffentlichkeit ausschliesslich belastend aus. Die Bestialitäten erklärt er damit,dass Kürten bei verschiedenen Frauen und Mädchen zunächst sexuell versagte und in dieser für ihn unmöglichen Situation durch sadistische Handlungen seine Erregung künstlich bis zur Entspannung zu steigern versuchte, wobei er Methoden anwandte, die im wesentlichen nicht angeboren, sondern angelernt waren. Hingegen wendet die Verteidigung ein,dass der Angeklagte doch schon im Kindesalter,als er von aussen noch keine in diesem Sinne lehrhaften Eindrücke empfangen haben könne, mehrere Kameraden zu töten versucht habe.

Auch der Nachweis der Periodizität der Taten im Sinne eines regelmässig wiederkehrenden seelischen Ausnahmezustandes, muss nach den Gutachten als missglückt betrachtet werden. Wenn auch von den Medizinern zugestanden wird, dass Kürten nicht mit dem Tötungsentschluss von Hause fortgegangen sein mag, dass auch vielleicht vom Erheben des Armes bis zur Vollendung der Stiche und Schläge die Ueberlegung ausgeschaltet sein mochte,so sind doch eine Reihe ähn=

licher Taten bereits von den Gerichten unter Ausschaltung des § 51 abgeurteilt worden. Schliesslich hat sich Kürten in der Voruntersuchung sein eigenes Grab geschaufelt mit der Bemerkung: "Es gehört viel Ueberlegung dazu,wenn man nicht gleich auffallen will".

\+ + +

Zwölfjährige Brandstifterin. In Hamburg wurde die 21jährige Tochter eines Mühlenbesitzers verhaftet,die geständig ist,Pfingsten 1922, also im Alter von 12 Jahren,in Stresow an der Elbe die Mühle ihres Vaters angezündet zu haben.Das Motiv der Tat,durch die ausser der Mühle sechs Bauerngehöfte eingeäschert wurden,war Hass gegen die Stiefmutter,die das Kind schlecht behandelt haben soll.

\+ + +

Früh übt sich... In Meran wurde eine Bande von 12 Gymnasiasten,Söhnen erster Familien der Stadt,verhaftet. Die jungen Leute,die sich in einem Verein "Harry Piel" formell zusammengeschlossen hatten,werden zahlreicher grosser Hoteleinbrüche beschuldigt.

\+ + +

Schweres Grubenunglück. In einem Stollen der Saarländer Grube Le Houve löste sich plötzlich ein 700 kg schwerer Block von der Decke und begrub zwei Arbeiter unter sich. Der eine war sofort tot, der andere wurde in schwerverletztem Zustand geborgen.

\+ + +

Blitz in der Kirche. In einem Dorfe der Bretagne schlug während der Abendmesse der Blitz in eine Kirche ein. Acht Personen wurden verletzt.

\+ + +

Kind in der Jauchegrube. Die Mieter eines Hauses in Lodz hörten im Hofe ein leises Wimmern und fanden beim Nachsuchen ein neugeborenes Kind in der Jauchegrube schwimmen. Ehe das unglückliche Wesen geborgen werden konnte,erstickte es. Die Mutter des Kindes,eine 23jährige Kellnerin,wurde unter dem Verdacht,den Mord begangen zu haben,verhaftet.

\+ + +

Tragödie eines Dienstbeflissenen. Vor dem Gericht in Swieciany (Polen) hatte sich die dortige nationale Frauenvereinigung wegen unbefugten Alkoholausschanks zu verantworten. Der Herr Polizeikommandant und andere waren in höchsteigener Person beim verbotenen Schnapstrinken am Buffet angetroffen worden. Obwohl das Gericht die Betroffenen auf Verlangen der Finanzbehörden verurteilte, war der Polizist, der die Anzeige gemacht hatte,der wirklich Leidtragende, Er musste die Tatsache,seine hohen Chefs zur Anzeige gebracht zu haben,mit dem Abschied aus dem Dienst bezahlen.

\+ + +

Opfer der Arbeit. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in den Stahlwerken von Micheville im Elsass. Zwei Arbeiter waren in einen Koksbehälter hinabstiegen und von Gasen betäubt wurden. Der eine der Arbeiter konnte sich über die Leiter ins Freie retten,während der andere bewusstlos am Boden liegen blieb. Ein Vorarbeiter,der ihn retten wollte,wurde ebenfalls von den Gasen im Behälter betäubt. Beide konnten nur als Leichen geborgen werden.

\+ + +

Das erste Kino in Andorra. Der Pyrenäenstaat Andorra, der von 5 2oo Personen bewohnt und 45 Quadratkilometer gross ist,erhielt kürzlich in seiner "Hauptstadt" La Vieja ein Lichtbildtheater. Die Andorresen sahen hier zum ersten Male einen modernen Flughafenbetrieb im Bilde. Flugs beschlossen die Stadtoberhäupter auch einen solchen Flugplatz für Andorra. Man wird also nicht mehr auf Maultierrücken und auf Bergpfaden das romantische Ländchen erreichen müssen,sondern bald per Flugzeug einziehen können. Das Ende der Reformen ist garnicht abzusehen,wenn das Kino noch lange geöffnet bleibt.

Wirtschaft Technik Handel

Das Gemeinnützigkeitsgesetz.

(Von Dr.E.Bodien.)

SPD. Der Staat hat,schon in der Vorkriegszeit,der Bedeutung der gemeinnützigen Bauvereine Rechnung getragen,indem er ihnen weitgehende Steuererleichterungen gewährte. In der Nachkriegszeit,als die gemeinnützige Bautätigkeit in ungeahntem Masse wuchs,wurden die gemeinnützigen Bauvereine von Steuern und Gebühren des Reiches und der Länder so gut wie ganz befreit.

Diese Steuerbefreiungen hatten aber den einen Mangel,dass die für sie aufgestellten Voraussetzungen in jedem Steuer= und Gebührengesetz neu und ander gefasst wurden. Sie waren fast restlos an die Anerkennung der Gemeinnützigkeit "im Sinne" der einzelnen Gesetze geknüpft. Der gemeinnützige Wohnungsbau und vor allem die freigewerkschaftliche Wohnungsbauorganisation (Dewog und Dewog=Revisionsvereinigung) setzten sich deshalb seit einigen Jahren stark für eine Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Gemeinnützigkeitsrechtes ein. Der frühere Reichsarbeitsminister Wissel liess einen Entwurf über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen ausarbeiten,der durch die Dezember=Notverordnung zum Gesetz wurde. Diese Gemeinnützigkeitsverordnung verfolgt vier Hauptziele: den Schutz der Firmenbezeichnung "gemeinnütziges" Wohnungsunternehmen,die Vereinheitlichung des Gemeinnützigkeitsrechts, die Ausschaltung aller pseudo=gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Zwangsorganisation der gemeinnützigen Bauvereine. Wohnungsunternehmen gelten in Zukunft nur dann als gemeinnützig, wenn sie auf Grund der Verordnung anerkannt sind und geniessen auch nur dann die Befreiung von den gesetzlich vorgesehenen Steuern und Gebühren und die sonstigen Vergünstigungen für gemeinnützige Unternehmen.Ein Wohnungsbauunternehmen darf sich auch nur dann noch als gemeinnützig bezeichnen,wenn es auf Grund der Verordnung das Recht hierzu erworben hat.

Die Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist vor allem die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, die durch Bildung entsprechender Eigenmittel (Gesellschaftskapital oder Geschäftsanteil bei Genossenschaften) und genügende Rentabilität des Unternehmens gesichert sein muss. Dazu gehört,dass die Mieten nicht zu niedrig festgesetzt werden dürfen,ein Fehler,in den junge gemeinnützige Bauvereine oft verfallen sind. Zum Schutz der Mieter sind allerdings die Mieten in ihrer Höhe begrenzt. Die Mietsverträge müssen auch von der obersten Landesbehörde genehmigt werden. Vorgesehen ist weiter die Beschränkung der Gewinne auf 5 % der Einlagen. Ausserdem ist eine Beschränkung in der Verwendung des Reinvermögens bei Auflösung des gemeinnützigen Unternehmens und eine Beschränkung der Geschäftsunkosten vorgesehen. Das Wohnungsunternehmen darf keinen übermässigen Aufwand betreiben,insbesondere dürfen die Gehälter nicht über die in öffentlichen Betrieben üblichen Beträge hinausgehen. Die gemeinnützigen Kleinwohnungsunternehmen dürfen auch nur Kleinwohnungsbauten für eigene Rechung erstellen,erstellen lassen oder betreuen,Wohnungen verwalten und Hilfsgeschäfte betreiben,die zur Erfüllung der obengenannten Aufgaben notwendig sind. Das gemeinnützige Unternehmen darf keine Bauaufträge für Dritte ausführen.

Bisher bestand für Bauunternehmer die Möglichkeit,Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungdbaugesellschaften aufzuziehen und deren Satzungen so zu

gestalten,dass ihre Gemeinnützigkeit anerkannt und sie von Steuern befreit wurden. In Wirklichkeit dienten diese "gemeinnützigen" Bauvereine nur dazu, den Gründern,d.h. bestimmten Bauunternehmern,Aufträge und Gewinne zuzuschanzen.Das neue Gesetz will diese Möglichkeiten durch folgende Massnahmen unterbinden: Höchstens die Hälfte aller Mitglieder des Unternehmens darf aus selbständigen Angehörigen des Baugewerbes bestehen.Im Vorstand und Aufsichtsorgan des gemeinnützigen Unternehmens dürfen höchstens ¼ der Stimmen Angehörigen des Baugewerbes zustehen. Einem Angehörigen des Baugewerbes, das Mitglied des gemeinnützigen Unternehmens ist,dürfen Aufträge nur mit einer Dreiviertelmehrheit des Aufsichtsorgans erteilt werden. Gehört ein Angehöriger des Baugewerbes dem Vorstand oder Aufsichtsrat des gemeinnützigen Unternehmens an,dann darf es Aufträge von diesem überhaupt nicht erhalten.

Mit diesen sehr scharfen Bestimmungen ist die Einflussnahme von Bauunternehmern auf gemeinnützige Unternehmen weitgehend ausgeschaltet.Dazu kommt aber nach Meinung aller Sachverständigen einer der wichtigsten Punkte des Gesetzes, die Vorschrift über die Zwangsorganisation der Bauvereine.Von rund 5 000 Bauvereinen,die heute als gemeinnützig behandelt werden,sind bisher nur 3 000 in baugenossenschaftlichen Revisionsverbänden organisiert.Die übrigen 2 000 unterlagen bisher nicht einer ständigen Aufsicht,da die Finanzbehörden naturgemäss in die Geschäftsgebahrung eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmensnicht den notwendigen Einblick haben können. In Zukunft muss sich jeder gemeinnützige Bauverein der laufenden Aufsicht durch einen baugenossenschaftlichen Revisionsverband unterstellen.

Die staatlichen und provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften werden ohne weiteres als gemeinnützig anerkannt; aber auch sie müssen in ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung den Vorschriften des Gesetzes entsprechen. Anerkennungsbehörde sind die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Behörden.Diese Anerkennung der Landesbehörden wirkt aber für das gesamte Reichsgebiet. Der sehr oft empfundene Mangel, dass die Landesgesetzgebung für gemeinnützige Wohnungsunternehmen in den einzelnen Ländern verschieden war,wird damit abgestellt. Bisher konnte z.B. ein "ausländisches",sagen wir einmal sächsisches Unternehmen in Preussen nicht von Gerichtsgebühren und Stempelsteuern befreit werden,weil das "feindliche Ausland",in diesem Fall Sachsen, den preussischen Unternehmen nicht die gleichen Vergünstigungen gewähren wollte oder konnte.

Die Anerkennung nach dem neuen Gemeinnützigkeitsgesetz muss bis zum 31.12.1933 erfolgt sein. Die Pflicht zur Unterstellung unter die Aufsicht eines Revisionsverbandes besteht aber für jeden gemeinnützigen Bauverein bereits vom Beginn des Jahres 1931 an.

Der gemeinnützige Wohungsbau sieht in diesem Gesetz einen Fortschritt,der der bisherigen Rechtsunsicherheit ein Ende macht.Vor allem ist zu begrüssen, dass durch das Gesetz die pseudo-gemeinnützigen Unternehmen von der Anerkennung ausgeschaltet werden,die der Bewegung durch das umgehängte Gemeinnützigkeitsmäntelchen sehr geschadet haben.

SPD. Angesichts der Erschütterungen auf dem Kupfermarkt gewinnt der Abschluss des Hirsch-Kupferkonzerns (Eberswalde-Berlin) grössere Bedeutung.Die Ertragsrechnung lässt wenig von den grossen Vorgängen auf den Kupfermärkten erkennen. Es wird sogar ein grösserer Ueberschuss als im Vorjahr (3,61 Millionen Mark gegenüber 3,23 Millionen) herausgerechnet. Der Reingewinn wird mit 1,075 Millionen ungefähr auf der Höhe des Vorjahres gehalten; auch die Dividende bleibt mit 7 % unverändert.

Dabei ist der Umsatz, der sich von 25 000 Tonnen im Jahre 1926 und 37 000 Tonnen im Jahre 1927 im Rekordjahr 1929 auf 46 000 Tonnen steigerte,auf 37 000 gesunken. Das Geschäft lag also mengenmässig auf der Höhe des Jahres 1927.

Wertmässig bleibt es aber um 6 Millionen hinter dem Umsatz im Jahre 1927 (59 Millionen) zurück. Will man sich ein Bild über die Auswirkungen der Kupfer=preiskatastrophe machen,so ergibt sich,dass beim Hirschkonzern für 100 Kilo=gramm im Jahre 1929 ein Einheitswert von 180 Mark einzusetzen ist,im Jahre 1930 aber nur 160 Mark. Wenn die Ertragsrechnung sich auf der Höhe des Rekord=jahres 1929 hält, dann dürfte das auf Rationalisierungserfolge,schliesslich auch auf spekulative Gewinne zurückzuführen sein,vorausgesetzt,dass die Er=tragsrechnung nicht allzu sehr frisiert ist.

Der Konzern macht im Geschäftsbericht Mitteilung über einen langjährigen Lieferungsvertrag mit der Union Minière du Haut Katanga,Brüssel. Es handelt sich um äusserst wichtige metallpolitische Vorgänge,die auf die engere Ver=flechtung zwischen der deutschen und englischen Metallwirtschaft zurückgehen. Die britische Metallgesellschaft hat in Afrika (Haut Katanga) einen grossen Kupfertrust entwickelt,dessen Spitze deutlich gegen Amerika bezw. das interna=tionale Kupferkartell gerichtet ist und der die Situation nicht nur auf den Kupfermärkten,sondern auch auf den Exportmärkten in den nächsten Jahren wahr=scheinlich recht gründlich beeinflussen wird.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Standardisierung für Eier regelt. Es soll damit das deutsche Markenei geschaffen werden. Die Bestimmungen will die Regierung im Verordnungswege in Kraft setzen,wozu sie ja die Ermächtigung hat.

Das Gesetz sieht 5 Grössenklassen vor und enthält Qualitätsvorschriften. Nur das Ei,das diesen Vorschriften entspricht,darf mit dem Markenstempel (Ad=ler) versehen werden. Das Recht,den Stempel zu gebrauchen,erhalten nur Gross=produzenten; die kleineren Erzeuger werden darauf verwiesen,sich in Genossen=schaften zusammenzuschliessen und zwar müssen die Genossenschaften,die das Stempelrecht erhalten,zumindesten 3 ooo Legehennen erfassen. Es soll aber nicht nur das Markenei gestempelt werden,sondern auch das haltbar gemachte Ei, das sogenannte Kühlhausei. Das könnte für das Kühlhausei eine gewisse Benach=teiligung bedeuten,obwohl die haltbar gemachten Frühjahrseier immer noch bes=ser sind als die frischen Sommereier. Gestempelt werden sollen auch die aus dem Ausland eingeführten Eier. Dagegen erheben sich nicht nur handelspoliti=sche Bedenken. Für die Qualitätseier aus dem Ausland,z.B. für dänische Eier; würde der Stempel nur eine Reklame bedeuten. Andererseits würde der Stempel die Produzenten von minderwertigen Eiern im Ausland nur anspornen,ihre Produk=tion zu verbessern.Das ist grössere Konkurrenz für das deutsche Ei.Man hat in der Wirtschaftsgeschichte öfter erlebt,dass solche Massnahmen zu ganz anderen Erfolgen geführt haben,als man erwartet hatte.

SPD. Der Beschluss der Berliner Bäckerinnung,den Preis für ein 2½ Pfund=Brot von 46 auf 48 Pfennig zu erhöhen, wird in vielen Städten Nachahmung fin=den,so dass wir,wenn nicht ganz energische Gegenmassnahmen unternommen werden, mit einer allgemeinen Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels zu rechnen haben. Darf aber die Reichsregierung dieser neuen völlig untragbaren Belastung des Arbeiterhaushalts tatenlos zusehen? Besteht nicht für die Reichsregierung eine rechtliche Verpflichtung (selbst wenn sie es vor sich zu verantworten glaubt,den ausgehungerten Arbeitslosen den Brotkorb noch höher zu hängen),ei=ner Steigerung des Brotpreises entgegenzuwirken? Ja, diese Verpflichtung be=steht. Das Gesetz über Zolländerungen vom 28.März 1931 verlangt von der Re=gierung,dass sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den vom Statistischen Reichsamt ermittelten durchschnitt=lichen Brotpreis der letzten 6 Monate vor Inkrafttreten dieses Gesetzes vor=

beugt. Am 1.April ist dieses Gesetz verkündet worden. Sehen wir uns die Durch=schnittspreise der Monate Oktober 1930 bis März 1931 in einigen der grössten deutschen Städte an und vergleichen diese mit dem zuletzt ermittelten Brot=preis:

	Jetziger Brotpreis	Durchschnitts=preis in den letzten 6 Monaten	Differenz
	(Brotpreis	je Kilogramm in Pfennigen	)
Stettin	37	35,5	+ 1,5
Breslau	32	32	0
Dresden	34	34	0
Leipzig	36	34	+ 2
Halle	37,3	35,3	+ 2
Altona	40	38	+ 2
Hamburg	38	37	+ 1
Hannover	34,6	34	+ 0,6
Kassel	33	31,5	+ 1,5
Dortmund	38	38	0
Duisburg	48	46	+ 2
Düsseldorf	50	49,5	+ 0,5
Köln	49,7	48,3	+ 1,4
Wuppertal	31,5	30,3	+ 1,2
Frankfurt a.M.	42	43,1	- 1,1
München	46	46	0

Von 16 Städten liegen also in 11 Städten die jetzigen Brotpreise über dem Durchschnittspreis des letzten halben Jahres. In 4 Städten ist der Brotpreis gleichgeblieben und nur in einer Stadt ist der jetzige Brotpreis mit 36 Pfen=nigen um $\frac{3}{4}$ Pfennige unter dem Durchschnittspreis. Nach der Erhöhung wird er auf 38,5 Pfennige steigen und damit 1 $\frac{3}{4}$ Pfennige teurer sein als der Durch=schnittspreis von 36$\frac{3}{4}$ Pfennigen.

Die Voraussetzungen für ein Einschreiten der Regierung sind also gegeben. Sie sind aber nicht nur gegeben. Die Regierung hat schon ihre Pflicht versäumt, da es im Gesetz eindeutig heisst,dass sie einer Erhöhung der Brotpreise vorbeu=gen muss. Und was gedenkt die Regierung jetzt zu tun? Am Dienstag hat man im Reichsernährungsministerium beraten.Anstatt aber Massnahmen zu ergreifen,hat das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft,das bisher ausschliesslich ein Ministerium für die Landwirtschaft war und kein Ministerium für die Ernährung, ein Communiqué von sich gegeben. Darin heisst es,dass eine Reihe von Massnah=men in Aussicht genommen worden sei. Die hierzu erforderlichen Vorbereitungen würden bereits in den nächsten Tagen zum Abschluss kommen. Die Bestrebungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft seien darauf gerich=tet,der Bevölkerung ein schmackhaftes und vollwertiges Brot zu dem bisherigen Preis zur Verfügung zu stellen. Also Vertröstungen. Hinterher das Versprechen, ein neues Brot einzuführen. Und dieser Vorschlag soll von den Bäckern stammen und ist erst vom Reichsernährungsminister aufgegriffen worden. Man schmückt sich also mit einer fremden Feder.

Soweit man über das neue Konsumbrot etwas erfahren kann,heisst es,dass es einen grossen Teil Roggenbrot enthalten soll.Es soll also eine Art Kommisbrot entstehen,dass man zum alten Preis abgeben wird,während die Preiserhöhung für das Normalbrot aufrecht erhalten bleibt. Wir haben gewiss nichts gegen ein Roggenschrotbrot einzuwenden,müssen aber schärfsten Protest dagegen erheben, dass auf diese Weise das Gesetz von der Regierung umgangen wird. Es geht auf keinen Fall an,dass man jetzt ein neues Brot schafft,das wegen seiner Zusam=mensetzung schon aus gesundheitlichen Rücksichten nicht von allen Konsumen=ten verzehrt werden kann. Es grenzt auch nahezu an Schwindel,wenn man erklärt, dass von nun ab dies das eigentliche Konsumbrot sei, dessen Preis massgebend für die Handhabung der gesetzlichen Vorschriften sein soll. Es ist nicht abzu=

sehen,was das für Folgen haben kann. Steigt der Roggenpreis weiter,dann wird man ein neues Brot herstellen,das gemahlenes Stroh als Zusatz enthält oder vielleivht auch Kohlrüben. Man will hier mit der Verbraucherschaft Schindluder treiben,was auf keinen Fall zugelassen werden darf. Es kann daher nicht scharf genug von der Regierung gefordert werden,dass sie sofort die gesetzliche Vor= schrift erfüllt und dafür sorgt,dass der Brotpreis wieder sinkt.

Dies kann entweder durch Räumung der staatlichen Roggenbestände und durch Senkung des Zolls geschehen oder durch energische Massnahmen,die Bäckerspanne abzubauen,wozu sich in vielen Städten Gelegenheit bietet.

SPD. Die nordamerikanische Regierung wird aus ihren ungeheuren Weizen= beständen, die sie während der Stützungsperiode aufgespeichert hat,grössere Men= gen zum verbilligten Preis auf die europäischen Märkte werfen. Die Stützung hat die nordamerikanische Regierung bereits eingestellt.Der Zwang zum Verkauf er= gibt sich daraus,dass es in Amerika tatsächlich an Lagerraum fehlt,um die neue Ernte aufzunehmen. Man weiss also nicht,wohin mit dem Segen. In Deutschland ver= sperrt man aber vor ihm die Zolltüre.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin,den 21.April.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh "	RM	0,60 - 0,75
" " Haferstroh "	RM	0,70 - 0,85
" " Gerstenstroh "	RM	0,60 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RM	1.oo - 1,20
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,85 - 0,95
" " Weizenstroh	RM	0,65 - 0,75
Häcksel Tendenz fest	RM	1,55 - 1,75
Handelsübliches Heu,gesund und trocken	RM	1,60 - 1,80
Gutes Heu, gesund und trocken	RM	2,20 - 2,60
Luzerne,lose	RM	3,oo - 3,25
Thymothee, lose	RM	3,20 - 3,60
Kleeheu, lose	RM	3,oo - 3,40
Mielitz=Heu,lose (Warthe)	RM	2,oo - 2,25
" " " (Havel)	RM	1,50 - 1,75
Drahtgepresstes Heu	RM	0,30 über Notiz

Tendenz sehr fest.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 21.April: I. 125 Mark, II. 117 Mark, III. 103 Mark je Zentner.Tendenz: ruhig.(Preise unverändert).

In Erwartung.

(Berliner Getreidebörse vom 20.April)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag eine sehr unsichere Stimmung. Infolge der von den Bäckern in Berlin vorgenommenen Brotpreiserhöhung nimmt man an,dass das Ernährungsministerium neue Verfügungen erlassen wird,die unter Umständen die Marktlage wesentlich beeinflussen könnten. Deshalb machte sich auch bei den Käufern stärkere Zurückhaltung bemerkbar. Da aber das Angebot in Roggen weiter sehr klein blieb,konnten sich bei den wenigen Umsätzen,die zustande kamen,die Preise zum Teil noch leicht befestigen.Weizen war etwas stärker angeboten und hatte sehr ruhiges Geschäft. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen allenthalben zurück,beim Weizen für Mailieferung und beim Roggen für alle Sichten um etwa 2 Mark, beim Weizen für spätere Lieferung um etwa 1 Mark.Dabei war auch hier die Umsatztätigkeit recht gering. Am Mehlmarkt herrschte allgemeine Zurückhaltung der Käufer.Einstweilen lauteten die Forderungen der Mühlen noch unverändert.Hafer hatte sehr kleines Angebot; jedoch zeigte auch hier der Konsum keine grössere Kauflust mehr.

	20.April	21.April
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	193 - 195	194 - 196
Braugerste	243 - 250	245 - 252
Futter= und Industriegerste	228 - 242	230 - 244
Hafer	184 - 188	184 - 188
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	26,80 - 29,00	26,80 - 29,00
Weizenkleie	13,00 - 13,40	13,25 - 13,50
Roggenkleie	13,50 - 14,00	13,75 - 14,25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 302½ - 302 (Vortag: 304½), Juli 300 (301), September 252¾ (253¾) Roggen Mai 205-205¼ (207), Juli 200½ (202½), September 189-189½ Geld (191). Hafer Mai 196 (198), Juli 203½ (204½), September - (180½).

Berliner Viehmarkt.

(21. April)

SPD. Bei reichlicher Beschickung gaben die Preise auf dem Schweinemarkt, trotz zeitweise lebhafteren Geschäfts, nach; jedoch halten sich die Abschläge in Grenzen. Auf dem Hammelmarkt konnten die alten Preise bei genügendem Auftrieb gehalten werden. Gute Kälber wurden stark verlangt. Im übrigen kam es auf dem Kälbermarkt zu grösseren Preisermässigungen. Für Rinder konnten die letzten Preise behauptet werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 33 - 37 (voriger Markt 32 - 39), b) 28 - 32 (28 - 31), c) 23 - 27 (23 - 27), d) 20 - 22 (18 - 22). Kälber: a) - (-), b) 66 - 77 (68 - 78), c) 52 - 70 (55 - 70), d) 33 - 46 (35 - 48). Schweine: a) (über 300 Pfund) - (44 - 46), b)(240-300 Pfd.) 44 - 45 (44 - 46), c) (200-240 Pfd.) 43 - 45 (44 - 45), d) (160-200 Pfd.) 42 - 43 (43 - 44), e) (120-160 Pfd.) 38 - 40 (40 - 42), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 40 - 41 (40 - 41).

Gewerkschaftliche Rundschau

Ein Experiment und seine Lehre.

Zur Arbeitsstreckung in den "Harburger Oelwerken".

SPD. Im Oktober vergangenen Jahres haben die Harburger Oelwerke Brinckmann und Mergell bei voller Beschäftigung ihrer Belegschaft in Stärke von 950 Mann anstelle der dreimaligen Achtstundenschicht eine viermalige Sechsstundenschicht ohne Lohnausgleich eingeführt und dadurch 350 Arbeitslose einstellen können. Das Vorgehen der Firma wurde im Arbeitgeberlager als Ketzerei denunziert, und die Gegner der Arbeitszeitverkürzung verhöhnten schadenfroh die Gewerkschaften, als die Arbeiterratswahlen bei Brinckmann und Mergell eine geringe Mehrheit für die kommunistische RGO-Liste ergaben.

Alle Hetzerei schaffte jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, dass die Werksleitung bereits zwei Monate nach der Umstellung das Gelingen des Experimentes mitteilen konnte. Die Rentabilität des Betriebes hatte keineswegs gelitten. Eine untragbare Erhöhung der Gestehungskosten war nicht eingetreten. Die Vermehrung der Anlaufzeiten für die Arbeitsaufnahme hatte keine Minderung der Arbeitsleistung gebracht. Im Gegenteil: man musste sogar dafür sorgen, dass die Arbeitszeitverkürzung nicht eine Leistungssteigerung herbeiführte, wodurch die Neueinstellung von Arbeitslosen unter Umständen wieder unmöglich gemacht worden wäre. Die Lohnsumme ist nicht gestiegen, sondern sogar noch etwas gefallen. Die Verringerung der Lohnsumme brachte auch eine Verringerung der sozialen Beiträge, die ja, was vielfach übersehen wird, in Prozenten des Lohns gezahlt werden. Für die Invalidenversicherung waren einige Mehrkosten notwendig geworden. Sie machten aber noch nicht einmal 1 Prozent der gesamten Lohnsumme aus.

Auch der kommunistisch eingestellte Teil der Belegschaft denkt nicht daran, eine Aenderung an der 36-Stundenarbeitswoche ohne Lohnausgleich zu fordern - trotz der ablehnenden Haltung der RGO gegen die Arbeitszeitverkürzungspolitik der Gewerkschaften. Wenn die Neueinstellung eine Vermehrung des kommunistischen Elements im Betrieb mit sich brachte, so ist das weiter nicht verwunderlich; denn Arbeitslose sind ja nun einmal gegen Radikalismus wenig immun. Bei Brinckmann und Mergell ist heute die gesamte Belegschaft über die Bedeutung und den Wert der Arbeitszeitverkürzung vollständig im klaren - so sehr im klaren, dass die soeben stattgefundene, vom kommunistischen Arbeiterrat einberufene, Belegschaftsversammlung von der ursprünglich beabsichtigten neuen Urabstimmung über die Arbeitsstreckung Abstand genommen hat. Der Arbeiterrat wurde lediglich beauftragt, dafür einzutreten, dass der Ersatz für die Urlauber dadurch beschafft wird, dass besonders niedrig entlohnte Arbeiter vorübergehend je nach Bedarf 7 oder 8 Stunden arbeiten dürfen.

Das Wertvollste an dem Experiment ist die Erkenntnis, die die Firma aus ihm entnommen hat. Sie kam, wie Herr Dr. Verhein von der Werksleitung einem Vertreter der "Frankfurter Zeitung" mitteilte, zu der Auffassung, dass das gegenwärtige Optimum der Arbeitszeit nicht die 42, sondern die 36-Stundenwoche sei. Der Werksleitung geht der Vorschlag der Braunskommission daher nicht weit genug. Nach ihrer Ansicht ist die Arbeitslosigkeit keineswegs die Folgeerscheinung einer nur vorübergehenden Wirtschaftskrisis, sondern die einer tiefgreifenden Strukturwandlung der Wirtschaft. Mit einem zu geringen Arbeits-

volumen müsse daher als Dauererscheinung gerechnet werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit liege überhaupt im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Verantwortlichen müssten sich darüber im klaren sein, dass in der gegenwärtigen Situation durch keine andere Methode als durch Arbeitszeitverkürzung eine wirksame und sofortige Verringerung der Zahl der Erwerbslosen zu erwarten sei. Das ist die Auffassung von Leuten, die sich ein Urteil erlauben können. Wird dieses Urteil bei den Verantwortlichen Beachtung finden?

Dass das Harburger Experiment nicht schematisch auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden kann, versteht sich von selbst. Niemand fordert das. Aber in sehr weiten Bezirken der Wirtschaft ist die Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen möglich. Die Durchführung der 40-Stundenwoche wird sich in jedem Betrieb verschieden gestalten und deswegen muss zusammen mit der Neuregelung der Arbeitszeit auch eine wirksame Kontrolle der Durchführung der Arbeitsstreckung geschaffen werden. Jedenfalls müssten die Betriebe verpflichtet werden, den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen, in welcher Form die 40-Stundenwoche durchgeführt wird.

SPD. Der Vorstand des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat seinen Tätigkeitsbericht für das letzte Jahr fertiggestellt. Dieser Bericht ist ein starkes Zeugnis für den Wert und die Macht der gewerkschaftlichen Konzentration.

Nur durch die mit der Zusammenfassung der Kräfte verbundene Stärkung konnte die Organisation die furchtbaren Auswirkungen des Krisenjahres verhältnismässig gut überstehen. Bei Jahresbeginn betrug der Gesamtmitgliederbestand 179 067 - darunter 36 263 weibliche Mitglieder - und am Jahresschluss konnte ein Jahresdurchschnitt von 177 167 Mitgliedern - darunter 34 540 weibliche - festgestellt werden. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden vor allem die Berufsgruppen, die unter dem Agrarprotektionismus der Regierung zu leiden haben. So sind in der Getränkeindustrie durch die weitere BesteuerungArbeitslosigkeit und Kurzarbeit rapid gestiegen. Sehr hart wurde die Brauindustrie betroffen. Sie wies am Jahresschluss 7 389 Arbeitslose und 21 373 Kurzarbeiter auf. In der Süsswarenindustrie war das ganze Jahr hindurch ein sehr niedriger Beschäftigungsgrad zu verzeichnen; hier wurden im Dezember des Vorjahres 6 625 Arbeitslose und über 6 ooo Kurzarbeiter festgestellt. Verherend wirkte die Krise in den Handwerksberufen Bäckerei, Konditorei und Fleischerei, bei denen ausserdem noch die starke Ueberfüllung mit Lehrlingen in Betracht gezogen werden muss. Nach den amtlichen Feststellungen der Arbeitsnachweise waren Ende Dezember 42 579 arbeitslose Bäcker- und Konditorengehilfen gezählt. 100 offene Stellen standen 1 334 Arbeitsgesuche gegenüber. Im Fleischergewerbe waren am Jahresende 20 850 Arbeitssuchende vorhanden und hier entfielen auf je 100 offene Stellen 1 706 Arbeitsgesuche. Auch die Mühlenindustrie wurde durch die Hochschutzpolitik heimgesucht. Auch hier Kurzarbeit und grosse Arbeitslosigkeit. Die Böttcherei und Weinküferei mussten infolge des sinkenden Einkommens einen starken Umsatzrückgang feststellen. Trotz dieser fürchterlichen Zustände hat sich die Organisation glänzend gehalten. Ihr Mitgliederstand weist nur einen geringen Rückgang auf, an dem auch die Jugendlichen beteiligt sind. Die Zahl der organisierten Lehrlinge konnte sich jedoch auf der Höhe des Vorjahres halten, trotz der enormen Hindernisse, die der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit von den Lehrmeistern in den Weg gelegt werden. 16 Jugendabteilungen konnten neu errichtet werden, sodass der Gesamtbestand der Lehrlings- und Jugendabteilungen nunmehr 106 beträgt.

Die Verbandsleitung stand das ganze Jahr über in Abwehr gegen die Angriffe auf die Sozialgesetzgebung. Die Bäcker- und Konditorenmeister versuchten erneut, das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit zu Fall zu bringen. Durch die tatkräftige Unterstützung des ADGB und der sozialdemokratischen Reichstagsfrak-

tion wurde dieser reaktionäre Plan zurückgewiesen.

Die Kassenverhältnisse weisen bei einer Einnahme von 10,158 Millionen Mark 5,283 Millionen Mark Ausgaben für Unterstützungszwecke auf; davon wurde für die Invalidenunterstützung 1,97 Millionen aufgewendet. Die Arbeitslosenunterstützung kostete 1,856 Millionen. Von den vereinnahmten Beitragsgeldern wurden 65,7% für Unterstützungszwecke ausgegeben.

Trotz der wirtschaftlichen Hemmungen kann von einer lebhaften Tätigkeit bei der Lohn- und Tarifbewegung berichtet werden. Es wurden durchgeführt 323 Angriffsbewegungen und 90 Abwehrbewegungen für 35 095 Betriebe mit 98 551 Personen. Erreicht wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 70 588 RM oder 3 670 576 RM jährlich, eine Verkürzung der Arbeitszeit für 5 469 Personen von 38 226 Stunden, Erhöhung der Ueberstundenbezahlung, Sonntags- und Nachtarbeitszuschläge, Erhöhung der Lohnbezahlung bei Krankheit und Ferien, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Neu vereinbart wurden 174 Tarife, die 21 944 Betriebe mit 34 476 beschäftigten Personen umfassen. Am Jahresschluss bestanden 1094 Tarife, die sich auf 80 202 Betriebe und 280 296 Personen erstrecken. Bei den Neuabschlüssen der Tarifverträge waren die Getränkearbeiter mit 63, die Fleischer mit 36, die Bäcker und Konditoren mit 29, die Müller mit 23 und die Böttcher und Weinküfer mit 18 Tarifen beteiligt.

Dieser prächtige Fortschritt trotz der Krise konnte zweifellos nur durch die Machterweiterung infolge der Verschmelzung erreicht werden. Das Unternehmertum in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie wird wohl einsehen müssen, dass es sein Ziel, die Beseitigung der gewerkschaftlichen Errungenschaften, nie erreichen wird. Ob es daraus Nutzanwendungen zieht und endlich seine reaktionären Bestrebungen über Nord wirft? Wohl kaum, und daher muss mit neuem Eifer an der Aufklärung der grossen indifferenten Masse weiter gearbeitet werden.

SPD. Der Papst hat dieser Tage bei einem Empfang von Vertretungen der katholischen Laienvereine auch zu dem Angriff der Faschisten gegen die sozialpolitische Arbeit der katholischen Aktion Stellung genommen. Er betonte, das Arbeitsproblem habe nicht nur eine materielle, sondern auch eine moralische Seite, und die katholische Aktion habe infolgedessen die Pflicht, sich um das Arbeitsproblem zu kümmern. Die Arbeit der katholischen Aktion sei, auch soweit sie rein sozialpolitische Gebiete betreffe, legitim, notwendig und unersetzbar. Der Papst begrüsste ausdrücklich die erschienenen Vertretungen besonderer Berufsgruppen wie die Eisenbahn- und Trambahnangestellten.

Die Angst vor der Gründung katholischer Gewerkschaften wird nun die Faschisten erst recht nicht mehr schlafen lassen.

SPD. Die Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse wird von dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, in einem von ihm soeben dem Verwaltungsrat vorgelegten Bericht über die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert. Thomas weist darauf hin, dass schon durch die Washingtoner Konvention von 1919 über die Arbeitslosigkeit in 21 europäischen Ländern Organisationen der Arbeitsvermittlung geschaffen wurden. Diese Vermittlung müsse jedoch - was bereits die Konvention empfohlen habe - auch international wirksam und durch das Internationale Arbeitsamt geregelt werden. Eine solche Regelung führe zu einer Art europäischen Arbeitsböse. Europa müsse sich daran gewöhnen, die Frage der Arbeitsvermittlung als eine internationale Frage zu betrachten. Das allgemeine Arbeitslosenelend zwinge dazu.

Thomas macht in seinem Bericht auch einen Vorschlag zur Arbeitsbeschaffung Er fordert internationale Notstandsarbeiten. Daran könnten alle Länder profi-

tieren. Als solche Aufgaben schlägt Thomas zunächst vor den Bau von grossen europäischen Autostrassen und Kanälen. Ebenso fordert er Ersatz der jetzigen Schraubenkuppelung durch die automatische Kuppelung der Eisenbahnwagen, wodurch mehr als 600 000 Arbeiter fünf Jahre Beschäftigung und Brot erhielten.

SPD. Die freigewerkschaftlichen und christlichen Vertrauensleute des I.G.Farbenwerks Höchst haben die kommunistische Werkspionage verurteilt und die Haltung ihrer Vertreter im Betriebs- und Arbeiterrat einstimmig gutgeheissen. Dabeu wurde zum Ausdruck gebracht, dass kein anständiger Arbeiter mit der Sorte von Arbeitervertretern, wie sie die RGO präsentiere, etwas gemein haben könne. Das Treiben der RGO-Spione, die nur den deutschen Chemiearbeitern Brot und Arbeitsplatz rauben, wurde von den Vertrauensleuten scharf zurück gewiesen.

Die kommunistische Presse beschimpft den Betriebsrat des Höchster Werkes. Sie kreischt, "dass die Skalpe dieser reformistischen Schufte dermaleinst in Sowjetrussland als Dokumente der Schande und des Verrats der Sozialdemokraten an der deutschen Arbeiterklasse im Revolutionsmuseum hängen werden."

Also Schutz vor der Gaunerei der Werkspione ist bereits Verrat an der deutschen Arbeiterklasse! Aber was verstehen Leute, die sich ganz zweifellos besser in den Indianerbüchern Karl Mays auskennen als in Gewerkschaftsfragen, von den Aufgaben eines Betriebsrates?

SPD. Zu den Forderungen des Zechenverbandes für die Neuregelung des Rahmentarifs des Ruhrbergbaus wird uns aus Bergarbeiterkreisen geschrieben: Die Grubenherren fordern, dass alle fünfköpfigen Familien, die bisher 110 Zentner Hausbrandkohle erhielten, in Zukunft nur 100 Zentner zu beanspruchen haben und dass das Bezugsrecht der siebenköpfigen Familien von 120 auf 100 Zentner gekürzt wird. Nun macht die gesamte Hausbrandkohle, die die Bergarbeiter erhalten, pro Fördertonne nur etwa 12,2 Pfennig aus. Es handelt sich also nur um Bruchteile von Pfennigen, die eingespart werden sollen. Das Gleiche gilt von der geforderten Verschlechterung des Urlaubs. Ein Urlaubstag bedeutet für alle Belegschaftsmitglieder nur eine Belastung pro Fördertonne von 2,7 Pfennigen. Die Zuschläge für Ueberschichten, die um die Hälfte gekürzt werden sollen, machen insgesamt eine Belastung von rund 5 Pfennig pro Fördertonne aus. Das Hausstandgeld in Höhe von 16 Pfennig je Schicht soll in Fortfall kommen. Da diese Bestimmung nur einen Teil der Belegschaft berührt, ist die auf diese Weise erstrebte Erleichterung der Selbstkosten geradezu lächerlich.

Die ganzen Abbauforderungen der Zechenbesitzer bedeuten höchstens eine Entlastung von 10 bis 15 Pfennigen je Fördertonne, und diese Summe wird auch dadurch nicht wesentlich grösser, dass man eine Kürzung des Mindestlohns für Gedingearbeiter um 5% verlangt. Soll man unter diesen Umständen die Kündigungsaktion überhaupt ernst nehmen? In der Begründung wird ausdrücklich betont, dass die Kündigungen mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage vorgenommen worden seien. Das Ausmass der Forderungen zeigt jedoch, dass gar keine nennenswerte materielle Erleichterung der Selbstkostenlage von den Unternehmern erstrebt wird. Es bleibt daher nur eine Erklärung: Der von den Zechenbesitzern leichtfertig heraufbeschworene Tarifkampf ist gar kein wirklicher Wirtschaftskampf, sondern nur der Ausdruck eines brutalen Machtwillens.